



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

ein besseres Land kommt nicht von allein – das ist unser sozialdemokratischer Grundsatz in Nordrhein-Westfalen. Bei den anstehenden Europa- und Kommunalwahlen am 25. Mai werben wir um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler, damit wir nicht nur in den Städten und Gemeinden eine gerechte und soziale Politik für die Bürgerinnen und Bürger machen können – wir wollen auch in Brüssel für mehr Demokratie sorgen.

Die Sozialdemokratie hat ihre Wurzeln in der Kommunalpolitik. Denn wo sonst, wenn nicht hier, können wir mit breiter Brust zeigen, wieso sozialdemokratische Konzepte gut für die Menschen sind. Unser politischer Erfolg und die Stärke der SPD als Volkspartei gründen auf unserer Arbeit in den Städten und Gemeinden vor Ort. „Das Leben für die Menschen menschlicher zu machen“, wie Johannes Rau es nannte. „Kümmererpartei“ zu sein, nennen wir das heute. Wie schon zur Kommunalwahl 2009 hat die NRWSPD auch zur kommenden Wahl „Kommunalpolitische Leitlinien“ erarbeitet, die den Gesprächen und Diskussionen in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Fraktionen einen inhaltlichen Rahmen geben sollen.

„WIR IN NRW – Für ein starkes, gerechtes und solidarisches Europa“ heißt das Manifest der NRWSPD zur Europawahl. WIR IN NRW, das ist nicht nur das Bekenntnis zu unserem Bundesland, seinen Regionen und Menschen. WIR IN NRW bedeutet heute auch WIR IN EUROPA: ein Bekenntnis zur europäischen Einigung, zur Vielfalt und zum weiteren Zusammenwachsen in einem starken, gerechten und solidarischen Europa. Wir wollen die Debatte über Europa aus der Verengung auf einen bloßen Krisendiskurs herausholen und dafür sorgen, dass die europäische Idee weiter gedacht und diskutiert wird – als ein politisches Projekt, das immer schon mehr war als ein gemeinsamer Markt. Mit Martin Schulz hat die Sozialdemokratische Partei Europas einen gemeinsamen Spitzenkandidaten für die Wahl zum Kommissionspräsidenten nominiert, der länder- und parteiübergreifend für sein hohes und ehrliches Engagement im EU-Parlament geschätzt wird.

Ich freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf mit Euch. Das Mitgliedervotum zum Ende des vergangenen Jahres hat gezeigt, dass das ernsthafte Ringen für sozialdemokratische Positionen nicht nur das Miteinander in der Partei gestärkt, sondern auch weitere Anerkennung in der Bevölkerung gebracht hat. Am Ende unserer programmatischen Debatten stehen Ergebnisse für morgen, die wir bereits heute verantwortungsvoll umsetzen wollen.

Wir als NRWSPD zeigen konkrete Alternativen vor Ort und in Europa auf, wie wir für alle Bürgerinnen und Bürger ein sozial gerechtes Lebensumfeld schaffen können. Unsere Kommunalpolitischen Leitlinien und das Europamanifest sind dafür ein gutes Fundament. Deshalb können wir selbstbewusst und zuversichtlich in die Kommunal- und Europawahl gehen.

Euer
André Stinka
Generalsekretär der NRWSPD



Kommunalpolitische Leitlinien und das Manifest der NRWSPD zur Europawahl: <http://goo.gl/rPpoAc>

FRAUEN*KAMPFTAG 2014 – „STILL LOVING FEMINISM!“



Nathalie Golla ist Mitglied im Jusos Landesvorstand

Papier ist geduldig – auch solches, auf dem Koalitionsverträge geschrieben werden. Doch wir sind es nicht! Die neue schwarz-rote Bundesregierung hat sich die Einführung eines lange überfälligen Entgeltgleichheitsgesetzes in den gemeinsamen Koalitionsvertrag geschrieben. Die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern ist kein Thema, dessen Aussitzen man noch länger rechtfertigen könnte. Genau genommen ist es hier schon weit nach zwölf, wenn Frauen im Jahr 2014 immer noch über 20 Prozent weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Deshalb ist auch genau das unsere Forderung zum diesjährigen Frauen*kampftag am 8. März: Setzt Entgeltgleichheit von Männern und Frauen endlich um und der massiven Lohndiskriminierung von Frauen ein Ende! Wir wollen unser Versprechen einlösen – damit endlich jede kriegt, was sie verdient! ■

„UNSER BÜRGERDIALOG IST EINE TAUSCH- UND IDEENBÖRSE“

IM INTERVIEW MIT UNSEREM MINISTER FÜR BAUEN, WOHNEN, STADTENTWICKLUNG UND VERKEHR, MICHAEL GROSCHEK, SPRECHEN WIR ÜBER DAS PROJEKT „HEIMAT IM QUARTIER“.

Mike, vielleicht könntest du eingangs erläutern, was überhaupt ein Quartier ist und welche politische Perspektive sich aus der Betonung des Quartiers ergibt!?

Das Quartier ist das unmittelbare, alltägliche Lebensumfeld. Es ist die wahrgenommene und emotionale Erweiterung der „eigenen vier Wände“. Das bezeichne ich auch gerne als „Heimat vor der Haustüre“. Hier begegnen sich Menschen und Politik. Hier entfaltet Politik ihre unmittelbare Wirkung – und zwar quer zu allen Ressorts, Zuständigkeiten oder Verwaltungsebenen. Daher ist mein Quartiersansatz auch politikfeldübergreifend, da er den Menschen und sein Lebensumfeld in den Mittelpunkt aller Aktivitäten stellt.

Wie fügt sich das Programm der Landesregierung nun in diesen Zusammenhang ein?

Wir entwickeln hier nichts am „grünen Tisch“ und stützen es den Menschen vor Ort über – vielmehr sind wir mit den Bürgerinnen und Bürgern im Dialog darüber, wie sie sich ihr Quartier vorstellen und was sie bereit sind, dafür zu tun. Erst dann kommt die Frage, wie der Staat dabei helfen kann. Diesen Bürgerdialog führen wir in Veranstaltungen aber auch viel (leichter erreichbar) über das Internet auf www.heimat-im-quartier.de. Im Internet präsentieren wir – neben unserem „Lern- und Lesebuch Quartier“ – funktionierende Quartiersaktivitäten, die wir zur Nachahmung empfehlen. Unser Bürgerdialog ist quasi eine Tauschbörse guter Quartiersansätze und eine Ideenbörse für das Handeln der Landesregierung.

Was geschieht am 15. März 2014 in Essen?

Dort holen wir den internetbasierten Bürgerdialog wieder in die reale Welt. Wir haben an diesem Tag Bürgerinnen und Bürger eingeladen, mit mir und anderen Mitgliedern des Landeskabinetts und der Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks den in den

vergangenen Jahren begonnenen Austausch über die Zukunft unserer Quartiere fortzusetzen. Darüber hinaus erwartet uns ein „Quartiersrundgang“ in den Hallen des UNESCO-Welterbes Zollverein mit vielen spannenden Projekten, die an neun Themeninseln von engagierten Bewohnern vorgestellt werden. Die große Nachfrage schon kurz nach der Anmeldeöffnung zeigt das breite Interesse an diesem Dialog – wir sind bereits drei Wochen vor diesem Termin ausgebucht.

Wie geht es danach weiter?

Unser Bürgerdialog geht dann online mit den Quartiersprojekten – aber auch mit dieser Art des Austauschs – weiter. Die bisherigen Erfahrungen werden wir in einem „Bürgerbericht Quartier“ zusammentragen, den das nordrhein-westfälische Kabinett beraten wird. Dann werden innerhalb der Landesregierung die möglichen weiteren Umsetzungsschritte des Bürgerberichts geprüft und dies dem Kabinett und später den Bürgerinnen und Bürgern berichtet. Ich bin daher guter Dinge, dass dieser Austausch gute Ergebnisse erzielen wird. Entscheidend wird aber sein, was vor Ort im Quartier passiert. Denn neben dem klassischen Ansatz der „Sozialen Stadt“ müssen wir uns neuen Herausforderungen wie den Funktionsverlusten von Cities und Stadtteilzentren sowie der Schaffung von klima- und altengerechten Quartieren stellen. ■



SELBSTBEWUSST UND ZUVERSICHTLICH IN DIE KOMMUNALWAHL

In knapp drei Monaten haben über 14 Millionen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die Weichen für eine sozialdemokratische, bürgernahe und gemeinwohlorientierte Kommunalpolitik zu stellen. Am 25. Mai ist Kommunalwahl in NRW! Wir müssen um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler werben und zeigen: Wir sind die Kommunalpartei in NRW!

Es geht um die eigene Stadt, um das, was wir Heimat oder zu Hause nennen, also um unser unmittelbares Lebensumfeld. Haben wir die richtigen Konzepte, das richtige Personal, eine gute Mannschaft? Erstmals finden die Kommunalwahlen mit der Europawahl statt. Die Kommunen sind von vielen Entscheidungen der EU unmittelbar betroffen. Unsere Vorstellung von Europa respektiert die kommunale Selbstverwaltung. Wir stehen für die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge. Vor Ort soll über Wasser- und Energieversorgung entschieden werden, wir stehen für die Sicherung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Genossenschaftsbanken, wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger – nicht eines der Großbanken. Gleichzeitig finden in vielen Städten Integrationsratswahlen statt. Bis wir im Bund das kommunale Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Ausländer eingeführt haben, müssen wir uns hier engagieren, weil sie ein Glied in der Kette guter Integrationspolitik sind.

So sehr Personen und Programme der eigenen Kommune im Vordergrund stehen, werden auch diese Wahlen von landes- und bundespolitischen Themen überlagert. Unsere rot-grüne Bilanz in NRW kann sich dabei gut sehen lassen. Die Finanzaufweisungen an die Gemeinden haben Rekordniveau, den notleidenden Kommunen wird solidarisch geholfen, die Schaffung von Kitaplätzen wird zielgerichtet verfolgt, die Reihe der Beispiele ist lang, die eine kommunalfreundliche Landespolitik auszeichnet und im krassen Gegensatz zur Politik der alten schwarz-gelben Regierung steht. Damit ist nicht gemeint, dass alles so läuft, wie es sich die Kommunen wünschen. Die künftige Finanzierung der Schulsozialarbeit - sei es durch Bund oder Land - und die Kosten der Inklusion sind erst übergangsweise geregelt und brauchen eine Perspektive.

Rückenwind kann es in den kommenden Monaten auch von der Bundesebene geben. Die Zusagen im Koalitionsvertrag sind gegeben: Nach der Übernahme der Grundversicherung durch den Bund soll es jährlich eine Milliarde Euro geben bis die Kommunen mit einem Bundesleistungsgesetz von den Kosten der Eingliederungshilfe dauerhaft mit 5 Milliarden Euro jährlich entlastet werden. Gerade bei der Finanzierung der sozialen Sicherung vor Ort wurden die Kommunen lange im Stich gelassen. Das soll sich nun ändern. Auch die kommunale Infrastruktur erhält bessere Rahmenbedingungen: Die Erhöhung der Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro stellt eine dringend benötigte Hilfe dar. Statt billiger CSU-Polemik haben Bund, Länder und Kommunen Hilfen für die Städte beschlossen, die besonders von der Zuwanderung aus Südosteuropa betroffen sind. Angesichts der Flaute aller öffentlichen Haushalte werden die Kommunen ihre Interessen gegenüber Bund und Land auch künftig mit Hartnäckigkeit und Ausdauer verfolgen müssen. Die Regierungsbeteiligung der SPD im Bund gibt aber Hoffnung, dass den Kommunen wirksam geholfen wird. ■



Frank Baranowski ist Vorsitzender der SGK NRW



POPULISTEN AUF DEM VORMARSCH?

Ein Beitrag der SPD-MdEPs aus NRW

Wer Debatten in der und über die Europäische Union verfolgt, stellt fest: In vielen Ländern nutzen (Rechts-)Populisten latente Verunsicherungen der Bürgerinnen und Bürger für ihre eigenen Absichten und gewinnen scheinbar an Zulauf. Sie liefern einfache Antworten, die immer eines gemeinsam haben: die Ausgrenzung von Menschen wird als wichtiges Element von Krisenbewältigung propagiert. Aber lassen sich konkrete und komplexe Herausforderungen so tatsächlich bewältigen?

In der Schweiz hat die nationalkonservative SVP Unmut und Ängste mancher Einwohner wegen überlasteter Infrastrukturen, Umweltbelastungen durch Pendlerströme sowie steigende Mieten genutzt, skandalisiert, Ängste geschürt und dann – zwar knapp – aber dennoch erfolgreich eine Volksabstimmung „Gegen Masseneinwanderung“ initiiert. Und das, obwohl bei einer Arbeitslosenquote von ca. 3 Prozent der wirtschaftliche Erfolg wesentlich von den zugewanderten Arbeitskräften und Grenzgängern abhängt. Die Schweiz gehört nicht zur EU. Doch sie will vom Binnenmarkt

profitieren und hat in einer früheren Abstimmung der Freizügigkeit zugestimmt. Erste Umfragen nach der Volksabstimmung zeigen, dass drei Viertel der Schweizer diese Beziehungen zur EU beibehalten wollen. War das Ergebnis der Volksabstimmung also ein Irrtum? Die Menschen erwarten Lösungen für reale Probleme. Das gilt auch für unsere Debatten in Deutschland. Integration, sozialer Zusammenhalt und Perspektiven gerade für sogenannte soziale Brennpunkte müssen durch Bund und EU finanziell unterstützt werden, z. B. mit Sprachkursen, dem Einsatz von Sozialarbeitern oder der Bekämpfung des Mietwuchers. Konkrete Schritte müssen sichtbar werden – bei uns und überall in Europa.

Manche Umfragen prognostizieren einen Zuwachs der Abgeordneten von rechten Parteien für die kommende Europawahl. Andere Umfragen zeigen, dass die Europäischen Sozialdemokraten stärkste Fraktion werden könnten. Quo vadis EU? Am 25. Mai sind die Menschen in Europa aufgerufen, über ihre Zukunft abzustimmen. Es gilt nicht nur, rechte Kräfte in ihre Schranken zu weisen. Es geht um die Schaffung einer Mehrheit im europäischen Parlament, die Politik nicht für Banken, sondern für die 500 Millionen Menschen in Europa macht, europäische Werte verteidigt und wirtschaftliches Wachstum mit Guter Arbeit verbindet. Eure Stimme zählt! Bei der Europawahl am 25. Mai! ■

**DIE NRWSPD
GRATULIERT
IM MÄRZ ...**

... ZUM GEBURTSTAG

101 Jahre: Mathilde Grineisen

98 Jahre: Egon Müller
Hilde Nordmeier
Walter Schwirske

97 Jahre: Paul Burchardt
Auguste Heckmueller
Andjelk Karadzic
Hubert Neumann
Thea Zerbe

96 Jahre: Engelbert Reiners
Martha Schmitt
Ilse Vater

95 Jahre: Ewald Adler
Hans Appel
Kurt Brenning
Hans Lorenzen

**... ZUR LANGJÄHRIGEN
MITGLIEDSCHAFT**

65 Jahre: Hildegard Ebert

55 Jahre: Helga Levin
Georg Lührs
Karl-Heinz Michels
Heinz Ostmann
Joachim Seebohm
Inge Weinberg
Bernhardine Wüst

50 Jahre: Manfred Buschmann
Thea Feldkamp
Herta Fricke
Helga Hempelmann
Heinrich Heyer
Margret Jänsch
Dietrich Janssen
Eleonore Kowallek
Heinz Walter Lingemann
Hedwig Schmied
Waltraud Spaenhoff
Erika Vahle
Willi Wehrmann
Siegfried Wellhöner

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: André Stinka,
SPD-Landesverband NRW,
Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf

REDAKTION: Christian Obrok,
Marcel Atoui

E-MAIL: vorwaerts@nrwspd.de

INTERNET: www.nrwspd.de

**ÜBER ALLE EBENEN:
DIE GELSENKIRCHENER GESPRÄCHE**



Die anstehenden Kommunal- und Europawahlen sowie die neuen politischen Möglichkeiten mit den Regierungsbeteiligungen im Land und im Bund standen im Mittelpunkt der Diskussionen bei den diesjährigen Gelsenkirchener Gesprächen im Februar. Unsere Landesvorsitzende Hannelore Kraft, NRW-Fraktionsvorsitzender Norbert Römer, NRW-Generalsekretär André Stinka und Landesgruppenvorsitzender Axel Schäfer erörterten dabei mit Barbara Hendricks, Michael Groschek, Angelica Schwall-Düren, dem Ministerpräsidenten der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Karl-Heinz Lambertz und der neuen SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi wichtige Zukunftsfragen wie das Thema „Lebenswertes Wohnumfeld“. Bei den Gelsenkirchener Gesprächen kommen neben den nordrhein-westfälischen SPD-Abgeordneten aus Europa, Bund und Land auch die Mitglieder des SPD-Landesvorstands und Vertreter der kommunalen Ebene zusammen. Ziel ist die gegenseitige Information, Abstimmung und Koordinierung der politischen Arbeit. ■



**HANNELORE UND SOPHIE –
„EINFACH MAL ÜBER POLITIK QUATSCHEN“**



Bei ihrem ersten Landtagsbesuch hatte die 22-jährige Studentin Sophie Sossong aus Aachen gleich einen Termin mit unserer Landesvorsitzenden Hannelore Kraft. Wie es dazu kam? Sophie hat sich beim Neumitgliedergewinnspiel der NRW Jusos beteiligt, ein Foto eingewendet und gesagt, warum sie Jusos geworden ist: „Ich bin Jusos, weil ich mich für soziale Gerechtigkeit – unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft, und körperlicher Verfassung – einsetzen möchte! Mir ist das Soziale in einer demokratischen Gesellschaft wichtig.“ Entsprechend angeregt und lebhaft haben sich die beiden über Gleichstellung, Frauen in der Politik und Hochschulpolitik unterhalten. Dass Hannelore Kraft sich trotz ihres vollen Terminkalenders die Zeit genommen hat, um mit ihr über ihre politischen Vorstellungen zu sprechen, hat Sophie schwer beeindruckt. Anschließend ging es für sie wieder zurück an den heimischen Schreibtisch: Lernen für Klausuren in ihren Studienfächern Soziologie und Literaturwissenschaft. ■



**GUTE NACHBARN
ARBEITEN GUT
ZUSAMMEN.**

Unser Generalsekretär André Stinka freute sich, seinen rheinland-pfälzischen Kollegen Jens Guth in der Düsseldorfer Landesgeschäftsstelle begrüßen zu dürfen. Neben der Abstimmung zu den aktuellen Aufgaben bei den anstehenden Wahlen tauschten sie sich unter anderem dazu aus, wie die SPD nach der verlorenen Bundestagswahl 2013 für die Bürgerinnen und Bürger wieder attraktiver werden kann. Das gute Ansehen der beiden Ministerpräsidentinnen und Landesregierungen bildet hierbei in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen eine starke Ausgangslage für die weitere Zusammenarbeit. ■

**„EUROPA
NEU DENKEN“**

Bei der Sitzung der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der NRWSPD stellte Wahlkampfleiter Matthias Machnig die Leitlinien der aktuellen Europa-Kampagne vor. Mit dem Spitzenkandidaten Martin Schulz zeigen die Sozialdemokraten eine starke Alternative für die Europawahlen am 25.05.2014 auf. Mit ihm als neuen Kommissionspräsidenten geht es darum, die EU wieder sozialer und gerechter gestalten zu können. ■

